



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

An die Petentinnen und Petenten der Petition  
«Für den Erhalt unserer Universität!»

Per Mail an:  
info@jungliberale.ch

Basel, 17. Dezember 2024

## **Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2024**

### **Petition P477 «Für den Erhalt unserer Universität!»**

Sehr geehrte Petentinnen und Petenten

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2024 vom Schreiben 24.5223.02 der Petitionskommission Kenntnis genommen und die Petition P477 – dem Antrag der Petitionskommission folgend – dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

## **1. Bisheriges Verfahren**

Die Petition «Für den Erhalt unserer Universität!» ist wortgleich beim Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt und beim Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht worden.

### **1.1 Kanton Basel-Landschaft**

Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Petition der Petitionskommission am 16. Mai 2024 zur Vorberatung überwiesen. Die Petitionskommission hat die Petition, gestützt auf eine schriftliche Stellungnahme der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sowie auf mündliche Ausführungen der Hochschul-Verantwortlichen des Kantons, am 20. August 2024 beraten. Mit Bericht an den Landrat vom 4. September 2024 sah die Petitionskommission die Petitionsforderungen erfüllt. Der Bericht verweist dabei namentlich auf die Ablehnung des ursprünglich als Motion eingereichten Postulats der SVP-Fraktion «Univertrag kündigen, Geld sparen». Dieses Postulat ist vom Landrat am 16. Mai 2024 mit 52:28 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt worden.

In seiner Sitzung vom 12. September 2024 hat der Landrat die Petition einstimmig zur Kenntnis genommen und das Geschäft damit abgeschlossen.

### **1.2 Kanton Basel-Stadt**

Die Petition ist der Petitionskommission vom Grossen Rat am 5. Juni 2024 zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen worden. Die Petitionskommission hat am 19. August 2024 ein Hearing mit der Hochschul-Verantwortlichen des Kantons durchgeführt und dem Grossen Rat mit Kommissionbeschluss vom 2. September 2024 Bericht erstattet. Der Grosse Rat hat die Petition am 16. Oktober 2024 dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

## 2. Petitionsforderungen

### 2.1 Ein klares Bekenntnis vom Baselbieter Landrat und vom Basler Grossen Rat zur gemeinsamen Universität

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft sieht die Forderung mit Ablehnung des Postulats «Univertrag kündigen, Geld sparen» und auf Grundlage der Stellungnahme der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion vom 30. April 2024 erfüllt.

Der Grosse Rat sieht die Forderung gemäss Bericht der Petitionskommission mit der nahezu einstimmigen Genehmigung des Leistungsauftrags und Globalbeitrag an die Universität Basel für die Jahre 2022–2025 erfüllt. Seit dem Beschluss vom 27. Oktober 2021 hätte sich die Haltung des Grossen Rat zur Universität nicht verändert.

### 2.2 Die Ablehnung «populistischer und kurzsichtiger» Sparvorschläge

Die Petitionskommission des Grossen Rats teilt die in der Petition benannten Befürchtungen nicht. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Einschätzung an; er hat keine Anhaltspunkte dafür, dass die in der Petition als populistisch und kurzsichtig bezeichneten Sparvorschläge politisch durchsetzungsfähig wären.

### 2.3 Eine langfristige und stabile Finanzierung durch die Trägerkantone

Die Voraussetzungen für eine langfristige und stabile gemeinsame Trägerschaft sind nach Ansicht des Regierungsrats nach wie vor gegeben. Im Rahmen der Revision des Universitätsvertrags wurde eine bikantonale Gremienstruktur aufgebaut und Verhandlungsprozesse etabliert, die einen vertrauensvollen, kontinuierlichen und strukturierten Austausch über sämtliche Universitätsgeschäfte auf verschiedenen Ebenen erlauben. In diesen Gremien werden gegenwärtig intensive Gespräche über die kommende Leistungsauftragsperiode geführt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin